Stoppt Hartz 4

Streik gegen Hartz 5!

Die Provokationen von Hartz und VW-Vorstand zur Tarifrunde müssen mit voller Kampfkraft beantwortet werden.

Hartz ist inzwischen zum Begriff geworden für Massenarbeit für Millionen von Erwerbslosen. Mit den Hartz-Gesetzen soll der Anfang gemacht werden den Lebensstandard der Arbeiterklasse auf frühkapitalistische Zustände zurückzuwerfen. In der nächsten Runde organisieren die Bosse Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung bei den Noch-Beschäftigten. Gemeinsamer Widerstand von Erwerbslosen und Beschäftigten ist angesagt. Mit den Montagsdemos ist der Anfang gemacht. Jetzt müssen die Gewerkschaften eine Schippe drauflegen:

- * Mobilisierung zu Montagsdemos
- * Aufruf und Mobilisierung zur bundesweiten Demo am 2.10. in Berlin
- * Vorbereitung eines Vollstreiks bei VW und gemeinsamer Streik der IGM in allen Betrieben, die von Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung betroffen sind (z.B. Opel)
- * 1-tägiger Generalstreik aller Gewerkschaften gegen Sozialabbau, Agenda 2010, Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung.

Mit einem Kürzungskatalog legt der VW-Vorstand die Grundlage für eine harte Tarifrunde. Die IG Metall fordert vier Prozent (wie in der allgemeinen Tarifrunde der Metallindustrie) und Arbeitsplatzgarantien. Angesichts der steigenden Belastungen für ArbeitnehmerInnen (Gesundheits-"Reform", Benzinpreiserhöhungen, ...) ist das viel zu wenig. Es ist das Mindeste, diese Zahl voll durchzusetzen.

Schon jetzt alles andere als rosig

Dazu ist ein anderer Kurs der Gewerkschaft nötig. Denn leider war die IG-Metall-Führung auch bei VW immer wieder zu Zugeständnissen bereit: Die 28,8-Stunden-Woche wurde mit zweistelligen Prozent-Verlusten von den Beschäftigten bezahlt. Eine enorme Flexibilisierung raubte danach Überstundenzuschläge und die Verfügung über die eigene Zeit. In vielen Werken wird zur Zeit zwischen 35 und 37 Stunden gearbeitet. Mit 5.000 x 5.000 wurde es VW erlaubt, Langzeitarbeitslose unter Tarif zu beschäftigen. Die IG Metall stimmte niedrigen Einstiegslöhnen zu und damit einer Spaltung der Belegschaft.

Für eine transparente Tarifrunde

Um aus dieser Situation wieder in die Offensive zu kommen, ist es nötig, sofort gegen die jüngsten Unternehmerprovokationen zu mobilisieren. Vor dem ersten Verhandlungstermin sollten alle Werke an einem bundesweiten Aktionstag teilnehmen. Im Rahmen von Betriebsversammlungen könnten Demonstrationen vor den Werkstoren durchgeführt werden.

Die VW-Belegschaft und alle anderen Betriebe sollten außerdem ab sofort zu den Montagsdemos mobilisiert werden und mit einem großen VW- und IGM- Block bei der bundesweiten Demo am 2.10. in Berlin sollte ein Zeichen gesetzt werden für den Aufbau einer mächtigen Anti-Hartz-Front.

Streik gegen Hartz 5 vorbereiten

Hartz und Co werden sich stur stellen. Dann ist ein erster gemeinsamer Streiktag in allen Werken nötig. Auf dieser Basis wäre es möglich, weitere Streiks vorzubereiten – bis hin zum Vollstreik, falls sich



Montags-Demos nutzen gegen Hartz 4 und 5!

jeden Montag am Opernplatz in Kassel voraussichtlich ab 17 Uhr

(genauer Zeitpunkt beim DGB unter 0561-72095-0 erfragen oder unter www. tauschringportal.de/aktu/Montagsdemos)

Bundesweite Großdemo gegen Hartz IV

am 2.10. in Berlin **SAV** Sozialistische Alternative

© (030) 24723802 « info@sav-online.de « www.sozialismus.info



Protestaktion der Daimler-KollegInnen am 15. Juli 2004 in Mettingen: Gegen die vom Vorstand geforderten Kürzungen von 500 Millionen Euro zogen 2.000 KollegInnen über die Hauptverkehrsstraße im Neckartal zu den Protestaktionen im Rahmen des Daimler-Aktionstages der IG Metall und legten unterwegs auch noch eine der umkämpften "Steinkühler-Pausen" ein. Bundesweit beteiligten sich 60.000 mit Streiks und Protesten am Aktionstag der IG Metall. IG-Metall und Gesamtbetriebsrat nutzten diese Kampfbereitschaft allerdings nicht, sondern knickten ein.

die Konzernchefs nicht bewegen sollten.

Bei VW gibt es einen Organisationsgrad von 97 Prozent. Und wird diese Kampfkraft genutzt, dann steht VW auch nicht alleine: Eine entschlossene Streikfront gegen Hartz und Pischetsrieder wäre eine enorme Ermutigung für die ganze Anti-Hartz-Bewegung. Ein Kampf gegen Lohnraub und die Erpressung durch die Unternehmer könnte sofort auf Opel, MAN, den öffentlichen Dienst und so weiter überspringen.

Doch die Erfahrungen bei Siemens und DaimlerChrysler zeigen erneut, dass die Gewerkschaftsspitzen nicht auf die Kampfkraft der Beschäftigten setzen sondern Errungenschaften ohne ernsten Kampf preisgeben.

Für transparente Verhandlungen

Die Verhandlungen dürfen nicht wieder hinter verschlossener Tür stattfinden. Regelmäßige Vertrauensleuteversammlungen auf allen Ebenen sind nötig, um die Kampfmaßnahmen und mögliche Verhandlungsergebnisse zu diskutieren. Nur so können KollegInnen auf allen Ebenen darüber diskutieren und entscheiden, wann z.B. ein Streik eingeleitet wird. Es darf keinen Abschluss geben ohne vorherige mehrheitliche Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder.

Vertrauensleute dürfen nicht missbraucht werden, um den angepassten Kurs von Betriebsräten und IGM-Funktionären von oben nach unten durchzusetzen. Vetrauensleute sollen die Interessen der Mitglieder und ihre Kampffähigkeit durchsetzen. Als Gewerkschaftsgliederung im Betrieb müssen sie offen und völlig demokratisch arbeiten und entscheiden.

Für eine kämpferische IG Metall

Um den Druck auf die Arbeitgeber zu steigern und um innerhalb der IG Metall für kämpferischere Verhältnisse zu sorgen, muss von AktivistInnen auch Abteilungsweise über Proteste und eigenständige Arbeitsniederlegungen diskutiert werden.

Kämpferische Vertrauensleute und Betriebsräte bei Daimler in Metttingen haben bei der Auseinandersetzung bei DaimlerChrysler vorgemacht, wie das gehen kann. Sie haben eigenständig Flugblätter herausgebracht, in denen sie eine kämpferische Position eingenommen und eine härtere Gangart eingefordert haben. Im Gegensatz zu den meisten IGM-Betriebsräten und -Funktionären haben sie den Abschluss offen kritisiert. Ermutigt durch eine Vielzahl von kämpferischen Vertrauensleuten

Minus 30 Prozent?!

Bis 2011 will der VW-Vorstand 30 Prozent der Arbeitskosten einsparen. "Längere Arbeitszeiten, geringere Entlohnung und eine stärker leistungsorientierte Bezahlung", so VW-Personalkostenchef Josef-Fidelis Senn, sollen dafür sorgen.

Am 30. September läuft der Tarifvertrag aus, ab 15. September wird verhandelt. Die **Forderungen der Arbeitgeber** lauten:

- 30 Prozent variable Lohnbestandteile
- Streichung der Überstundenzuschläge durch Verdopplung der Arbeitszeitkonten auf 400 Stunden im Jahr und weitere Flexibilisierung
- Senkung der Ausbildungslöhne ("dafür" Einstellung von mehr Azubis
 dagegen Abschaffung der Übernahmegarantie)
- Die Beschäftigten sollen mehr für Gesundheitskosten aufbringen oder arbeiten
- Einstiegslöhne unter den bisherigen Tarifen sollen weiter durchgesetzt werden.
- Der Konzern bietet eine unbestimmte, unverbindliche "Selbstverpflichgung" gegen Entlassungen.

und einige Betriebsräte hat die Mettinger Belegschaft auch dann die Arbeit niedergelegt als es der IGM nicht in den Kram passte. Und am Daimler-Aktionstag sind sie nicht wie von der IGM verlangt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur zentralen Protestkundgebung gefahren, sonden sind mit einem beeindruckenden Marsch auf einer der wichtigsten Bundesstraßen (B10) marschiert, haben diese für eine Stunde blockiert und dadurch einen mehrere Kilometer langen Stau verursacht.

Die Gewerkschaftsspitzen geben sich in Worten kämpferisch. Gleichzeitig stimmen sie schon vorher einer Personalkostensenkung zu. Der IG-Metall Bezirkschef von Niedersachsen sagt zum Beispiel: "Wir gehen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln in die Tarifrunde", auch ein Streik sei möglich. Andererseits fordert Frau Schwitzer – Tarifexpertin

Für eine neue Arbeiterpartei

Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche haben heute keine Partei, die ihre Interessen vertritt. Während die PDS zwar an den Demonstrationen gegen Hartz IV teilnimmt, setzt sie in Berlin Hartz IV um und will 50.000 Ein-Euro-Jobs schaffen. Überall, wo sie in der Regierung sitzt, macht sie aktiv Politik gegen Arbeitende und Erwerbslose. Deshalb ist der Aufbau einer neuen kämpferischen Arbeiterpartei dringend nötig. Eine politisch starke Partei mit Massenanhang könnte die Angriffe der Regierung stoppen. Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) bietet einen ersten Ansatz, Beschäftigte, Erwerbslose und Jugendliche zusammen zu bringen. Die SAV setzt sich für eine kämpferische, demokratische und sozialistische Ausrichtung der WASG ein.

Belegschaft das Gefühl gegeben, dass es sich wirklich lohnt, einen Kampf zu führen. Damit wäre bereits mit der Forderung dem VW-Vorstand der Kampf angesagt worden. Das hätte die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf von vornherein verbessert. Durch

Vernetzung kritischer GewerkschafterInnen

Wenn sich die IGM weigert, zu den Montagsdemos in Kassel und zur bundesweiten Anti-Hartz-Demo am 2.10. in Berlin aufzurufen, sollten kritische Vertrauensleute, Betriebsräte und Aktivisten bei VW die Mobilisierung dafür selber in die Hand nehmen.

Statt sich auf den Häuserkampf einzulassen und in einem Betrieb nach dem anderen zu kapitulieren muss von unten durchgesetzt werden, dass die IGM gemeinsame Gegenwehr organisiert. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die bundesweite Vernetzung von kritischen Kolleginnen verschiedener Metallbetriebe und die Koordinierung mit dem Ziel des Aufbaus einer gemeinsamen überbetrieblichen Kampf- und Streikfront.

Dafür ist es noch nicht zu spät: Die absehbare Härte der Tarifrunde ermöglicht auch, dass der Hunger beim Essen kommt und neue Forderungen beim Streiken entstehen.

"Ich bin als Vertrauensmann nicht bereit, gegen meine eigene Überzeugung dieses unakzeptable Ergebnis gut zu reden. Statt immer wieder auf das Verhandlungsgeschick weniger zu vertrauen, werden wir künftig mit vielen Kollegen durch tatkräftige Aktionen unsere Position durchsetzen müssen. Es gibt durchaus noch Steigerungsmöglichkeiten zur B10"

(Miguel Revilla, Vertrauensmann bei DaimlerChrysler Mettingen in einem Fluglatt kritischer Vertrauensleute & Betriebsräte zum Abschluss bei Daimler).

der IG Metall – indirekt, man müsse sich auf Arbeitszeitverlängerungen einlassen. Mit dieser Einstellung wird die Auseinandersetzung verloren gehen.

Schon die viel zu niedrige Forderung der IG Metall ist ein Zugeständnis an Hartz und Co. Hätte die IGM eine Forderung aufgestellt, die auf eine kräftige Erhöhung der Löhne herauslaufen würde (z.B. 300 Euro Festgeld), hätte das der

die niedrige Forderung der IGM sind es wie bei der IGM-Tarifrunde im Frühjahr die provokativen Unternehmerangriffe die die IGM erst mal in die Defensive drängen. Umso dringender ist es jetzt durch einen offensiven Kampf aus der Defensive herauszukommen, alle Angriffe zurückzuschlagen und die 4% voll durchzusetzen.

Unsere Vorschläge für die Tarifrunde: Einsatz der vollen Kampfkraft ...

- Voller Einsatz der Kampfkraft gegen die Angriffe der Arbeitgeber (VW, Opel, öffentlicher Dienst...) & der Regierung!
- Für einen bundesweiten Aktionstag bei VW vor dem ersten Verhandlungstermin am 15. September
- Regelmäßige Gewerkschaftsversammlungen auf allen Ebenen während der gesamten Tarifrunde: Die Mitglieder müssen zu jeder Zeit kontrollieren und bestimmen können, was verhandelt und wie gekämpft wird. Keinerlei Abschluss ohne Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder per Urabstimmung.
- Vorbereitung der Urabstimmung und von Streikmaßnahmen.
- Gemeinsamer Kampf gegen Hartz 4 & Hartz 5: Volle Unterstützung der Montagsdemonstrationen. Für einen bundesweiten Protest- und Streiktag gegen die Angriffe von Regierung und Arbeitgebern

... für:

- Abwehr der Pläne von Hartz und des VW-Vorstandes: Schluss mit Hartz 5!
- Das mindeste ist, die von der IG Metall bei VW geforderten 4 Prozent voll durchzusetzen. Nötig wäre ein Kampf für 300 Euro Festgeld für alle. Schluss mit Flexibilisierung und Arbeitshetze, für die garantierte Übernahme aller Azubis zu Tariflöhnen und die Schaffung von neuen Stellen
- Rücknahme der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen
- Bei Konzernen, die mit Verlagerungen, Entlassungen & Kürzungen drohen: Offenlegung der Geschäftsbücher & Überführung dieser Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten & der Allgemeinheit

Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze

Wie können gerade in Krisenzeiten angemessene Löhne erkämpft und das Abwandern von Konzernteilen ins Ausland verhindert werden? Um diese Probleme zu lösen, muss man das Übel an der Wurzel packen: das Profitsystem.

Selbst wenn die Unternehmer jammern – das bedeutet noch lange nicht, dass kein Geld da ist. Ihnen sind nur die Profitraten, das was in ihren Taschen landet, nicht hoch genug. Aufgrund der Profite der letzten Jahre, die ausschließlich von der Belegschaft erarbeitet wurden, gibt es keinen Grund, Einschnitte und Kürzungen hinzunehmen. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Das hat zuletzt das Aufbrechen des Beschäftigungspakts bei der Telekom gezeigt.

Hintergrund der Angriffe bei VW sind die allgemeinen Überkapazitäten in der Automobilsparte. Weltweit gibt es etwa 20 bis 30 Prozent Überkapazitäten in der Autoindustrie. Diese Überkapazitäten und Überproduktion haben System: Kapitalismus beruht darauf, dass sich Kapital anhäuft, dass die Reichen reicher werden und die Armen ärmer.

Durch die Jagd nach immer neuen Profiten und dem Einsatz immer neuer Maschinen und Technik kann immer mehr produziert werden. Doch es bringt keinen Profit mehr, denn die kaufkräf-

Treffen der SAV Kassel

jeden Montag, Kulturzentrum Schlachthof, 19 h in der Mombachstr. 12, Tram 1/5 Mombachstraße

jeden Donnerstag, SAV-Büro, 19 h Werner-Hilpert-Str. 22, Hinterhof, Nähe Hauptbahnhof



tige Nachfrage dafür fehlt. Nicht, dass heute weltweit kein Bedarf mehr nach diesen Gütern wäre. Das Problem ist, dass die Masse der Bevölkerung nicht genug Geld hat, um sich diese Waren zu kaufen.

Umverteilung von unten nach oben ist nur ein Anfang

Eine Umverteilung von den Reichen zugunsten der Masse der Bevölkerung ist da ein Anfang. Sie geht aber natürlich auf Kosten der Profite der Unternehmer und verstärkt das eigentliche Problem: Diese werden mit Abwanderungen und Kapitalboykott darauf reagieren.

Es geht darum, die Diktatur des Profits zu brechen. Wer entscheidet, dass Unternehmen bei den Beschäftigten kürzen sollen oder dass Werke oder Werksteile verlagert werden sollen?

Die Entscheidung über Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze kann nicht länger den Interessen der Profite unterworfen werden. Die SAV setzt sich dafür ein, VW – wie die anderen Banken und Konzerne – in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Allgemeinheit zu überführen. Kleinaktionäre müssen bis zu einer bestimmten Grenze entschädigt werden. Nur so können Krisenanfälligkeit und Hartz-Angriffe wirkungsvoll bekämpft werden.

Mach mit bei der SAV

SAV - Sozialistische Alternative * (030) 24723802 * info@sav-online.de * www.sozialismus.info